



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD**

Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege sowie im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die seit mehreren Wochen anhaltende Krankheitswelle bei den Security-Mitarbeitern der Sicherheitsfirma SGM am Münchner Flughafen zu berichten und die bisher zu diesem Problem vorliegenden Gutachten vorzulegen.

Dabei sind u.a. folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchem Zeitraum wurden welche Geräte neu am Münchner Flughafen eingesetzt?
2. Wann haben die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über gesundheitliche Beeinträchtigungen geklagt und wann wurde von wem und wie darauf reagiert?
3. Durch welche Stoffe wurden die gesundheitlichen Beschwerden verursacht und welche gesetzlichen Grenzwerte müssen für die jeweiligen Stoffe eingehalten werden?
4. Wie viele Beschäftigte sind durch die Sprengstoff-Suchgeräte am Flughafen München erkrankt bzw. zu Schaden gekommen?
5. Welche Erkrankungen sind durch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgetreten und sind Langzeitschäden zu befürchten?
6. Kann ausgeschlossen werden, dass durch die Sprengstoffdetektionsgeräte keine Passagiere, speziell Kinder, Schwangere oder gesundheitlich beeinträchtigte Personen, in ihrer Gesundheit gefährdet waren und wenn nein, gibt es für den entsprechenden Zeitraum gesundheitliche Vorfälle mit Passagieren, welche Rückschlüsse auf einen Zusammenhang vermuten lassen?

7. Welcher EU-Regelung wurde mit dem Einsatz der Detektionsgeräten entsprochen und wie wird diese aktuell umgesetzt?
8. Gibt es weitere Flughäfen in Bayern bzw. Deutschland, welche die Geräte verwenden oder verwendet haben von denen ebenfalls Probleme bekannt sind und wenn nein, wieso kam es an den betreffenden Flughäfen nicht zu den Geschehnissen wie in München?
9. Von wem und wann wurden die Geräte zertifiziert?
10. Wie hat das Luftfahrtbundesamt reagiert, als es eine Betriebsbegehung nach den ersten Vorfällen durchgeführt hat?
11. Wie wurde die Fachkraft für Arbeitssicherheit mit einbezogen?
12. Wie wurde der Betriebsrat einbezogen?
Wie wurden seine Beteiligungs-, Mitbestimmungs- und Informationsrechte berücksichtigt?
13. Von wem und warum wurde die Flughafenfeuerwehr mit einer Prüfung der Geschehnisse beauftragt, wie war der zeitliche Ablauf, inwieweit hat die Flughafenfeuerwehr für eine solche Prüfung das entsprechende Equipment und die Kompetenz und zu welchem Ergebnis ist sie gelangt?
14. Von wem und wann wurde die DEKRA in Stuttgart mit der Prüfung beauftragt und zu welchem Ergebnis kamen diese Untersuchungen und welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen? Wieso ist das DEKRA-Gutachten streng vertraulich und wird nicht an die geschädigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren behandelnden Ärzte weitergegeben?

Begründung:

Wie aus verschiedenen Medienberichten hervorgeht, klagen seit Ende August sehr viele Sicherheitsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter am Flughafen in München über Symptome wie Übelkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Benommenheit und Atemwegsreizungen. Einige mussten aufgrund von Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zahlreiche Beschäftigte sind seither krank gemeldet. Bis zu 150 Beschäftigte sollen am Flughafen München betroffen sein.

In Verdacht stehen die neuen Sprengstoffdetektionsgeräte „Quantum Sniffer QS-B220“ und „Itemiser 4DX“. Die Sprengstoffsuchgeräte wurden aufgrund der Umsetzung einer neuen EU-Vorgabe für die Fluggastkontrollen eingesetzt. Die Inbetriebnahme der Geräte fällt mit dem Beginn der Symptommhäufigkeit auffällig zusammen. Nachdem eine erste Untersuchung der DEKRA erhöhte Ausdünstung von Formaldehyd nachweisen konnte, wurde das Sprengstoffsuchgerät „Quantum Sniffer QS-B220“ durch „Itemiser 4DX“ ersetzt. Die gesundheitlichen Probleme bestanden dennoch fort und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

mussten sich ärztlich behandeln lassen. Daraufhin wurden zwar alle Geräte stillgelegt, aber welche gesundheitlichen Langzeitfolgen durch das vorherige permanente Einatmen der giftigen Dämpfe zu erwarten sind, ist ungeklärt. Dies ist ebenso ein unhaltbarer Zustand wie die Tatsache, dass immer noch nicht geklärt ist, wodurch die massiven gesundheitlichen Beschwerden verursacht wurden und wer für die Probleme verantwortlich ist. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen alle Sprengstoffdetektoren beschlagnahmt.